

Anlage 5:

Das Rappelpflaster

Schöppingen -

Ob mit dem Kinderwagen, dem Rollator, im Rollstuhl oder mit Krücken: Das kleinformatige Natursteinpflaster rund um das Alte Rathaus empfinden offenbar viele – gerade ältere – Bürger als zu uneben.

Von Anne Alichmann

Die UWG und die CDU hatten daher den Antrag gestellt, über die Barrierefreiheit im Ortskern noch einmal zu beraten. Am Mittwochabend befasste sich der Bauausschuss mit dem Thema.

Der Boden ist huckelig, ja, und auch so manche Laterne, Blumenkübel oder geparkte Fahrzeuge erschweren Fußgängern den Weg entlang der Hauptstraße. Da waren sich die Politiker einig. Inwiefern das Granitpflaster aber ein ernstes Hindernis darstellt, das einen größeren Umbau erfordert – darüber wurde an diesem Abend länger diskutiert.

„Wir müssen unbedingt Abhilfe schaffen“, machte etwa Friedhelm Egbert von der UWG deutlich. „Wenn Leute zu Hause bleiben, weil sie sich nicht über das Pflaster trauen, dann müssen wir darauf reagieren.“ Auch Ursula Uphoff, CDU, kritisierte die „ausgrenzende Wirkung für ältere Mitbürger“. Ihr Parteikollege Stefan Wüpping dagegen erklärte, man müsse halt auch funktionsgerechte Geräte – ob nun Rollator oder Kinderwagen – mit entsprechender Bereifung verwenden.

Große Veränderungen des – erst vor wenigen Jahren gelegten – Pflasters auf dem Rathausplatz könnten unter Umständen teuer werden. Olaf Timm vom Ingenieur-Büro nts, das damals auch die Sanierung des Ortskerns betreut hatte, stellte in der Sitzung verschiedene Möglichkeiten vor. Die erste: Würde man auf einer Seite des Platzes einen zwei Meter breiten Pflasterstreifen herausschneiden und durch glattes Betonpflaster ersetzen, würde das 75 000 Euro kosten. Würde man die Maßnahme auf beiden Seiten vornehmen, würde das mit etwa 129 000 Euro zu Buche schlagen. Möglichkeit zwei: das Abschleifen des Pflasters in einem zwei Meter breiten Streifen. Kostenpunkt: einseitig 160 000 Euro, beidseitig 275 000 Euro.

Summen, angesichts derer die Politiker sich erst einmal Gedanken zu günstigeren Alternativen machten. Die schließlich favorisierte Lösung: Probeweise sollen nun die Fugen aufgefüllt werden – um zu testen, ob auf diese Weise das Problem gelindert werden kann. Dem stimmte der Ausschuss bei einer Gegenstimme zu.

Auch die Frage nach der Schuld blieb an diesem Abend nicht aus. Wer hat die „Misere“ überhaupt zu verantworten? Handelt es sich um einen Planungsfehler? War das Material eine „unglückliche Wahl“? Ist das Pflaster womöglich falsch verlegt worden? Die Ursachenforschung blieb dabei ohne Ergebnis. Fakt ist: Der Rat hat den Planungen damals zugestimmt – nach einer Besichtigung verschiedener anderer Beispiele und nach Auslegung einer Musterfläche.

Bürgermeister Niehoff: „Die Planung wurde umgesetzt wie beschlossen. Wir haben nichts gemacht, was nicht anderswo auch üblich gewesen wäre.“ Auch die Behindertenbeauftragte des Kreises habe keine Einwände gehabt.